

Globalisierung der Unternehmensethik?

Etwa auf dem gleichen Niveau wie die Ökologiedebatte vor 30 Jahren sei die Wirtschaft heute in Bezug auf die Menschenrechte, meint Klaus Leisinger von Novartis.

Was Schweizer Unternehmen tun, damit im Geschäftsalltag soziale Standards, Menschenrechte und Umweltschutz eingehalten werden, zeigt der folgende Bericht.

Millionen von Arbeitskräften rund um den Erdball arbeiten für Schweizer Unternehmen. Tausende Zulieferfirmen in Asien fertigen Textilien, Geräte oder Schuhe für den Schweizer Markt. Die Arbeitsbedingungen in den Fabrikhallen spotten allerdings oft jeder Beschreibung. Bei der rasch voranschreitenden Globalisierung der Wirtschaft müssten gerechte, faire Arbeitsverhältnisse garantiert werden, fordert der Schweizer Südexperte und Ökonom Richard Gerster. Die Debatte um Menschenrechte hat Ende der 1990er-Jahre definitiv auch die Cheftagen der Schweizer Unternehmen erreicht. Der «Human Development Report»

Spinnerei im südindischen Tirupur, dem Sitz von unzähligen Textilfabriken.

2000 des UN-Entwicklungsprogrammes UNDP spricht vom «enormen Einfluss» globaler Unternehmen auf die Menschenrechte.

17 Schweizer bei Global Compact

In vielen Wirtschaftszweigen besteht in Bezug auf Löhne, Menschenrechte und Umweltschutz allerdings grosser Handlungsbedarf. Die Auslagerung von Arbeitsplätzen aus den Industrieländern nach Asien und Osteuropa in den neunziger Jahren hat vielerorts zu einem Wildwuchs der sozialen Standards geführt. Der UN Global Compact (kurz: GC) brachte 1999 neuen Schwung in das Thema, nachdem es in den achtziger Jahren fast ganz aus den Traktanden verschwunden war. Zurzeit haben erst wenige Schweizer Unternehmen die zehn Global

Compact-Leitsätze in ihre Unternehmensrichtlinien aufgenommen, darunter UBS und Credit Suisse, Holcim, Novartis und Nestlé. «Dass bislang lediglich 17 Firmen den freiwilligen GC unterzeichnet haben, bedeutet nicht, dass die anderen weltweit tätigen Schweizer Firmen in Sachen Menschenrechte nichts tun!» betont Thomas Pletscher von EconomieSuisse. Im Vergleich zu den USA (71 Firmen), Deutschland (37) oder England (55) schneide die Schweiz sogar gut ab.

«UN-Leitsätze schneller umsetzen»

«Verantwortungsvolle Unternehmen haben mit den GC-Prinzipien keine Probleme, da sie sich schon länger an solchen Standards orientieren», sagt Klaus Leisinger von der Novartis Stiftung für Nachhaltige Entwick-



Keystone

lung. Novartis ist Global Compact-Unterzeichnerin der ersten Stunde und engagiert sich auch in der «Business Leaders Initiative on Human Rights» (BLIHR) der ehemaligen UNO-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson. Mit BLIHR testen zehn Technologie-, Finanz-, Pharma, Öl- und Kosmetikkonzerne während drei Jahren die Umsetzbarkeit von UN-Normen bei Arbeits- und Menschenrechten im Geschäftsalltag. Die UN-Normen wurden 2003 formuliert und ergänzen den Global Compact; sie gehen jedoch weiter als dieser und enthalten verbindlichere Leitsätze zur Verantwortlichkeit transnationaler Unternehmen.

Im Rahmen ihres BLIHR-Engagements hat Novartis eigene Unternehmensrichtlinien (Corporate Citizenship Guidelines) formuliert, die auf den UN-Normen und dem GC fussen. Konkret hat der Konzern seine Zulieferer und Drittfirmen – weltweit bis zu 200 000 – nach sozialen und ökologischen Standards geprüft. Dabei wurde zum Beispiel in Indonesien eine Drittfirma für Personalrekrutierung gefunden, welche diskriminierende Praktiken mit Schwangerschaftstests bei Bewerberinnen anwandte. Sie wurde umgehend angewiesen, diese Praxis aufzugeben.

Ginge es nach Klaus Leisinger, so müsste die Umsetzung von UN-Leitsätzen «viel rascher und umfassender» geschehen. Heute sei die Wirtschaft mit den sozialen Standards erst dort, wo man 1990 mit den Umweltstandards gestanden habe. «Bei den Menschenrechten sind wir sogar erst dort, wo wir 1975 mit der Ökologiedebatte waren», stellt Leisinger fest. Doch er ist zuversichtlich: «Die Globalisierung der Unternehmensethik lässt sich nicht aufhalten.»

«Task Force» für heikle Gebiete

Auch ABB hat in den letzten Jahren systematisch die UN-Normen auf ihre Umsetzbarkeit hin geprüft. «Mit Kontrollmechanismen stellt ABB sicher, dass allfällige Risiken von Menschenrechtsverletzungen bei Exporten und in den Projektländern frühzeitig erkannt werden können», erklärt Konzernsprecher Björn Edlund. Im Sudan betreut ABB zum Beispiel ein Projekt zur Stromübertragung. ABB hat in der heiklen Region eine Task Force gebildet, in der unter anderem auch Amnesty International Einsitz hat, und die vor Ort mit allen involvierten Parteien im Gespräch ist. Durch den BLIHR-Prozess seien viele wertvolle Erfahrungen gesammelt worden, versichert Edlund. Im



Keystone

Männer in Tirupur nähen T-Shirts, die auch in den Regalen schweizerischer Grossverteiler zu finden sind.

November wird BLIHR am regionalen Global Compact-Gipfel in Shanghai ein «Starter Tool Kit» – eine Art «Werkzeugkiste», präsentieren, eine Anleitung also zur praktischen Umsetzung der GC-Leitsätze und UN-Normen. Das Tool könnte den anderen 2000 GC-Firmen «von grossem Nutzen» sein, hofft Edlund.

Multis können stabilisieren

«Unternehmensrichtlinien im Sinne von Global Compact und der UN-Normen braucht es vor allem in Staaten mit schwacher Regierungsführung», ist Ivo Kaufmann Chef der Abteilung Internationale Investitionen beim Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) überzeugt. In Transitions- oder Entwicklungsländern bräuchten Unternehmen zudem viel Fingerspitzengefühl. «Konzerne können durch ihr Geschäftsgebaren viel Unheil anrichten, etwa durch Korruption, Umweltschäden oder die Anheuerung privater Söldner zum Schutz ihrer Produktionsstätten», stellt Daniele Ganser von der ETH-Forschungsstelle für Sicherheitspolitik in Zürich klar. Die ETH-Forschungsstelle hat die Zusammenhänge zwischen Privatwirtschaft und Gewaltkonflikten zu einem zentralen Gegenstand wissenschaftlicher Forschung gemacht. Unterstützt wird sie dabei auch vom EDA. «Konzerne können viel zur Stabilität beitragen, indem sie einen Teil ihres Ertrages wieder an Ort und Stelle investieren», sagt Ganser. Darum sollten möglichst viele Konzerne dem GC beitreten. Solche internationale Regeln müssten für alle Unternehmen verbindlich sein, gibt Ivo Kaufmann vom seco zu bedenken. Nur so

könnten Wettbewerbsnachteile für korrekt handelnde Unternehmen vermieden werden. Im Übrigen bräuchten Schweizer Firmen punkto Unternehmensethik international keine Vergleiche zu scheuen.

Verletzliche Konzerne

«Schweizer Unternehmen stehen heute in ihren weltweiten Tätigkeiten dank Internet unter guter Beobachtung», sagt Danièle Gosteli von Amnesty Schweiz. Grobe Verstösse gegen ethische Grundsätze würden dadurch rasch publik. «Firmen sind gegenüber öffentlichen Kampagnen verletzlicher geworden.» Tatsächlich landen heute Konzerne rasch auf der Anklagebank: Nestlé wurde Anfang dieses Jahres am WEF Davos mit dem «Public Eye Award» der entwicklungspolitischen Organisation Erklärung von Bern (EvB) wegen Arbeitskonflikten in Kolumbien und der «aggressiven Vermarktung» von Babynahrung kritisiert. Weitere Konzerne standen auf der «Nominationsliste»; Syngenta etwa wurde wegen des Vertriebs von Paraquat, einem problematischen Pestizid, in Drittweltländern gerügt. Konzerne reagieren unterschiedlich auf Kritik. So geriet etwa Holcim in Kolumbien wegen unsachgerechten Kiesabbaus und Beeinflussungsversuchen bezüglich eines neuen Bergbaugesetzes ins Visier von NGOs. Als die Arbeitsgruppe Schweiz – Kolumbien das Gespräch suchte, fand sie bei Holcim erstaunlich offene Türen. Die NGO attestiert dem Konzern deshalb gute Kritikfähigkeit. In Kolumbien sind auch Nestlé und Glencore im Zusammenhang mit Arbeitsrechten und Bergbau mit Vorwürfen konfrontiert.

«Wer sich öffentlich zur Einhaltung von fundamentalen Prinzipien verpflichtet, tut dies nicht leichtfertig», betont Klaus Leisinger von Novartis. «Der Global Compact soll



Keystone

Die «Clean clothes Kampagne» garantiert diesen Textilfärbern ein Minimum an Sozialleistungen.



Keystone

freiwillig bleiben, allerdings muss die Einhaltung der Prinzipien verifizierbar sein und die Berichterstattung nach einheitlichen Kriterien erfolgen, damit Trittbrettfahrer ausgeschlossen werden können.» Manche Konzerne wollen aber nicht so weit gehen und berufen sich wie der Rohstoffhandelskonzern Glencore auf «lokale Standards».

Glencore ist mit 89,5 Milliarden Franken das umsatzmässig grösste Unternehmen der Schweiz mit Sitz in Zug. Es geriet in den vergangenen Jahren verschiedentlich wegen Umweltverstössen und Arbeitskonflikten in die Kritik. Lokale Standards reichten in vielen Fällen nicht aus, wenn es darum geht, Konzerne für Umweltschäden

oder Verstösse gegen das Arbeitsrecht zur Rechenschaft zu ziehen, betont Stefan Indermühle von der EvB.

Multinationale Unternehmen stünden eben oft in einem schwierigen Umfeld, beschwichtigt Jan Atteslander von der Industrie-Holding, der Vereinigung von 38 weltweit tätigen Schweizer Unternehmen: «Sie sind oft Ziel von Erpressungen, Entführungen und Druckversuchen seitens bewaffneter Gruppen oder korrupter Amtsträger. In manchen Fällen sei die Einstellung der Geschäftsaktivitäten die einzige Alternative.» «Doch», so fragt Atteslander, «kann man leichtfertig eine Fabrik aufgeben, in der 1000 gut entlohnte Väter und Mütter arbeiten, weil das Regime, wie in Burma, korrupt und gewalttätig ist?»

Migros wegweisend

Migros hat bereits 1997 einen Verhaltenskodex für ausländische Lieferbetriebe von Textilien eingeführt, der ständig angepasst und 2003 auch auf den Lebensmittelbereich ausgeweitet wurde. «Die Standards werden ständig überprüft», versichert Fausta Borsani, Projektleiterin Ethik von Migros. Dies sei ein grosser Aufwand: Von den weltweit mehreren tausend Migros-Lieferanten würden jährlich rund 150, vorwiegend in Asien, einem Audit (Überprüfung) unterzogen. Als Migros dabei bei einem Lieferanten von Trainingsanzügen in Burma unakzeptable Arbeitsbedingungen vorfand, brach sie die Beziehungen sofort ab. 2004 baute Migros seinen Verhaltenskodex in den neuen europäischen Standard BSCI (Business Social Compliance Initiative) ein. Diese freiwillige Initiative europäischer Handelshäuser (Switcher, Coop, PKZ und Vögele) hat die Verbesserung der sozialen Situation in den Zulieferbetrieben weltweit zum Ziel und stützt sich auf Standards der Internationalen Arbeitsorganisation ILO sowie auf weitere UN-Regelwerke. Gegenwärtig unterstützt Migros die Schaffung einer unabhängigen Verifikationsstelle, die von NGOs, staatlichen Stellen und der Wirtschaft getragen wird.

Stefan Hartmann
Journalist, Zürich

www.unglobalcompact.org
www.blihr.org
www.is-com.org